

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Juli-hälfte 10.000.— M. Einzelverkaufspr. 900 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltenen Zeilen oder deren Raum 1600.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1200 M., für Reklamen 6000.— M.  
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 161.

Freitag, 13. Juli 1923.

30. Jahrgang.

## Großer Tag im englischen Parlament.

### Die Regierungserklärung.

London, 12. Juli.

Als sich Ministerpräsident Baldwin heute im Unterhaus erhob, herrschte im Sitzungssaal eine fast unerträgliche Temperatur. Trotzdem waren sämtliche Sitze besetzt und ebenso sämtliche Galerien. In den diplomatischen Logen waren Vertreter fast sämtlicher Staaten erschienen.

Der Ministerpräsident erklärte nach der üblichen Einleitung: Wir sind ebenso wie irgend einer der Verbündeten entschlossen, die Schäden des großen Krieges bis zu irgend einem Grade wieder aufzumachen. Wir gehen sogar weiter und sind bereit, uns aller Mittel zu bedienen, um Deutschland zum Zahlen zu bewegen. Indessen sind wir uns als handelsbetreibende Nation darüber im Klaren, daß, wenn wir von Deutschland verlangen, Zahlungen über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erzwingen, wir keinen Erfolg haben werden, und daß unserer Auffassung zufolge die Ausbreitung nicht dazu führen werde, den Verbündeten eine Hälfteleistung an Reparationen zu vermitteln. Im Januar haben wir ein Angebot gemacht, das bestimmt war, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, wie wir glauben, zu vermeiden. Dieses Angebot war von unseren Verbündeten zurückgewiesen worden, und seitdem haben wir uns abseits gehalten vom Geiste der Loyalität für das Bündnis beiseite, das nach unserer Meinung die Hauptsicherheit des europäischen Friedens war und auch weiterhin sein wird. Man kann nicht klar genug betonen, sowohl im Interesse der beteiligten Mächte, wie auch im Interesse derjenigen, die aus der Meinungsverschiedenheit zwischen denselben Vorteilen schlagen wollen, daß der einzige Grund zu öffentlichen Meinungsverschiedenheiten sich auf die Wahl der wirksamsten Mittel bezieht, welche es uns erlauben, die für uns gleichen vitalen Ziele zu erreichen. Ueber diese Ziele sind wir uns alle im Klaren. Sie bestehen in der Beschaffung der Reparationen, in der europäischen Sicherheit. Um sie zu erreichen, haben die Verbündeten nichts vernachlässigt und werden auch fernerhin nichts vernachlässigen. Die Verantwortlichkeit wird in gleicher Weise von Frankreich, Italien, Belgien und England anerkannt und wird von diesen Mächten geteilt. Vielleicht kann man zugeben, daß sie im besonderen auf die französische und die britische Nation zurückfällt infolge der großen Opfer, die sie auf beiden Seiten gebracht haben und auch wegen der tatsächlichen und überlieferten Freundschaft, die sie heute verbindet und nicht weniger infolge des Einflusses, den diese beiden alten zivilisierten Nationen verbreitet haben. Baldwin erklärte, der Wiederaufbau ist nur nach Lösung des Reparationsproblems, der Regelung der interalliierten Schulden und der Sicherung des zur Ruhe zurückgekehrten Europa möglich. Die endlose Befehung von Gebieten eines Landes durch ein anderes zu Friedenszeiten ist ein seltsames und bedauerliches Geschehnis, aus dem schnellstens ein ernsthafter Ausweg gefunden werden mußte.

Die Uneinigkeit Englands und Frankreichs beziehe sich nicht

auf das Ziel, sondern auf die anzuwendende Methode. Beide Regierungen wünschten, Reparationen zu erlangen, Europa wiederherzustellen und Sicherheiten für den Frieden zu erhalten. Aber England weiche stark von Frankreich in der Methode ab und glaube, die französische Methode sei nicht nur wirkungslos, sondern auch destruktiv für die Erreichung des erstrebten Zieles. Baldwin ging dann zur Besprechung der deutschen Note über, in der Deutschland die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit forderte. Die englische Regierung glaube nicht, daß man an dieser Stellung vorübergehen könne. Lauter Beifall ward dem Ministerpräsidenten von allen Seiten des Hauses geleistet, als er erklärte: Während Frankreich und Belgien keine Meinung beizugeben, die deutsche Note zu beantworten, werde England darin die Initiative ergreifen. Vor Ablegung der Note jedoch eine Abschrift der Note seinen Verbündeten zustellen, damit diese sich dazu äußern könnten. Ein interessanter Zwischenfall ereignete sich jedoch nach der Erklärung Baldwins, als Ramsay MacDonald, von dem die formelle Anfrage kommt, auf die die Regierungserklärung als Erwiderung gilt, aufstand und drei Fragen an den Premier richtete: Erstens, ob die Note an Deutschland sofort fertiggestellt werde; zweitens, ob auch den Vereinigten Staaten und wenn auch nur für Informationen eine Abschrift zugestellt werde und drittens, ob dem Hause eine Gelegenheit gegeben werde, darüber zu debattieren. Baldwin erhob sich und beantwortete sofort ohne Zögern die erste und dritte Frage mit Ja. Auf die zweite murmelte er eine unverständliche Antwort und nahm wieder Platz. MacDonald wiederholte darauf seine zweite Frage, auf die Baldwin jedoch laut antwortete: Ich weiß es nicht; es ist möglich, daß diese Frage morgen im Parlament wiederholt wird.

Wie man aus unterrichteten Kreisen erfährt, wird die englische Antwort an Deutschland am kommenden Dienstag fertiggestellt sein und unverzüglich in Abschrift den Alliierten zugestellt werden. Wie lange diese sie studieren werden, steht noch nicht fest. Man hofft aber, daß die Antwort Ende des Monats Deutschland eingehandt werden kann. Baldwins Erklärung ist bedeutungsvoller deswegen, was er ungeklärt ließ, als deswegen, was er tatsächlich jagte. Aus der Erklärung geht hervor, daß England, wenn Frankreich und Belgien sich keinen Ansprüchen nicht anpassen,

### allein handeln

und den deutschen Plan einer internationalen Kommission annehmen wird. Das Unterhaus war noch nie, selbst in Kriegszeiten, so einig wie heute. Baldwin wurde lauter Beifall sowohl aus der Arbeiterpartei wie von den extremsten Tories zuteil. Er sprach laut und klar, so daß jedes Wort im ganzen Hause zu verstehen war.

Ausdrücklich wird aber darauf hingewiesen, daß die Finanznot des Staates auch in diesem Jahr verbietet, grundsätzliche Zuschüsse aus Staatsmitteln zu den Veranstaltungen zu liefern. Vertreter der Bevölkerung, Spitzen der Militärbehörden, und die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sollen zu den Feiern hinzugezogen werden. Ferner wird angeordnet, daß sämtliche Staatsbeamte, sowie Vertreter der Selbstverwaltungskörper durch die Vorstände der Behörden zu den Festakten einzuladen sind. Der Dienst soll in den Amtsstellen wie am Sonntag geregelt werden. Ueber den Verlauf der Veranstaltungen ist an den zuständigen Minister zu berichten.

### Die Löhne im Transportgewerbe.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes hat sich mit der Frage der Erhaltung der Kaufkraft der Löhne eingehend beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, den angeschlossenen Organisationen folgendes Vergehen, das als Notstandsmaßregel zu betrachten ist, zu empfehlen:

1. Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibt der freien Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und den gewerkschaftlichen Verbänden der Arbeitnehmer überlassen.
2. Werden die Lohnverhältnisse für längere Zeit als eine Woche geregelt, so soll die Vereinbarung eine Bestimmung zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes enthalten dahingehend, daß zu dem für die Dauer des Abkommens vereinbarten Lohn ein wöchentlicher Zuschlag gezahlt wird, der den erhöhten Lebenshaltungskosten entspricht (Teuerungszuschlag). Der Zuschlag für die Ermittlung eines Teuerungszuschlages ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in jedem einzelnen Fall durch Vereinbarung der Parteien festzustellen. An Stelle dieser Art der Sicherung der Wertbeständigkeit sind auch andere, den Parteien für diesen Zweck geeignete erscheinende Vereinbarungen zuzulassen.

### Der Verfassungstag in Preußen.

Nachdem wie im Vorjahr soll auch in diesem Jahre der Verfassungstag der deutschen Republik, der 11. August, in Preußen entsprechend dem Ernst der Zeit gefeiert werden. Das preußische Staatsministerium hat zu diesem Zweck einen Beschluß gefaßt, der den untergeordneten Instanzen nähere Anweisungen über Art und Durchführung der Feier gibt. In diesem Beschluß heißt es einleitend u. a.: „Nicht lärmende Festlichkeiten entsprechend dem bitteren Ernst der Stunde, wohl aber ziemt es sich, daß alle, die das Vaterland lieben und ehrlich an seiner Erneuerung mitarbeiten wollen, in treuer Notgemeinschaft des Tages gedenken, an dem das deutsche Volk sein neues Staatsgrundgesetz schuf.“ Die Anweisungen für die Durchführung der Feier betragen u. a., daß sämtliche staatliche Dienstgebäude sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen haben. Stadt- oder Provinzfarben dürfen neben den Reichs- und Landesfarben gezeigt werden. Wo in einem Ort mehrere Behördenvorstände sind, sollen gemeinsame Bestimmungen über eine „würdige äußere Gestaltung der Feier“ erlassen werden. Ueber die Einzelheiten der Feiern wird den Amtsstellen weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen.

### Die Haltung Amerikas.

Paris, 12. Juli.

Aus Washington meldet der „New York Herald“, die amerikanische Regierung sei entschlossen, die englische Politik, wie sie Baldwin heute im Unterhause darlegen dürfte, voll zu unterstützen. Falls Baldwin die Einberufung eines internationalen Ausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit fordere, werde Amerika allerdings auf eine offizielle Beteiligung an den Arbeiten des Komitees verzichten müssen, weil der Kongreß, ohne den eine solche Entscheidung nicht getroffen werden könnte, sich zurzeit in den Sommerferien befindet. Staatssekretär Hughes werde jedoch die Bereitwilligkeit des amerikanischen Volkes betonen, die Arbeiten des Komitees zu unterstützen und zwar durch Entsendung eines nicht offiziellen Delegierten.

### „Diskontfähige“ Bankrottspolitik.

50 Mark Schulden -- 1 Mark Einnahme.

Die Sanierung der Reichsfinanzen ist, soviel darf als feststehend und von keiner Seite bestritten angesehen werden, eine wesentliche Voraussetzung für die Sanierung der Währung; die Besserung der Währung wiederum ist die Vorbedingung für die Einführung gesunder Wirtschaftsverhältnisse. Weiter als je ist Deutschland von der Erfüllung dieser Vorbedingungen entfernt. Die Notenpresse arbeitet in einem unerhörten Tempo, und dieses ist bedingt durch das katastrophale Anwachsen der schwebenden Schulden des Reiches, die sich in den letzten Monaten fast verdoppelt haben und deren Rückgang nach lange nicht voraussehbar ist, solange die Regierung weiter Cuno zögert, die gebotenen Konsequenzen aus den ratten Tatsachen zu ziehen. In der dritten Dekade des Monats Juni stieg das Verhältnis der Staatsausgaben zu den Steuereinnahmen auf 70 zu 1, d. h. nur 2 Proz. der Ausgaben des Reiches waren durch Steuern gedeckt. Wir haben also gegenwärtig den geradezu ungeheuerlichen Zustand zu verzeichnen, daß das Reich von je 100 Mark, die es verausgabt, 2 Mark aus Steuern erhält und 98 Mark durch die Schuldenaufnahme einbringt. Ein so ungünstiges Verhältnis zwischen Staatsbedarf und Staatseinnahmen ist in der langen und wechselvollen Krise der Staatsfinanzen noch nicht dagewesen. Die schwebenden Schulden des Reiches haben sich in 10 Tagen um 7000 Milliarden vergrößert. Sie haben jetzt den ungeheuerlichen Betrag von 2426 Milliarden erreicht. Seit der Ruhrbesetzung sind sie also um das 12fache, seit dem Regierungsantritt Cunos um das 25fache gestiegen. Das wiegt um so schwerer, als die Steuern zu einem erheblichen Teil bereits in Geld erhoben werden, mindestens sich der Teuerung in hohem Maße aneignen, insbesondere die Einkommen- und die Körperschaftsteuer, die Lohnsteuer die Umsatzsteuer und die Kohlensteuer, in Frage kommen. Gerade diese Steuern aber sind es, welche in ihrer vollen Schärfe auf den breiten Massen lasten und welche die Kaufkraft der Bevölkerung rücksichtslos schmälern, — ungeachtet dessen, daß die fortgesetzte Geldentwertung, die Inflationssteuer, ohnehin die Kaufkraft der breiten Massen immer wieder zerschlägt. Die tatsächliche Belastung durch diese Inflationssteuer übersteigt um ein Vielfaches die Belastung durch alle sonstigen Steuern. Auf den Kopf der Bevölkerung stellt die Inflationssteuer jetzt eine Belastung von 11 500 Mark pro Tag dar. Eine fünfköpfige Familie also wird durch die Inflationssteuer gegenwärtig im Durchschnitt mit 57 500 Mark belastet.

Der verhängnisvolle Fehler, den unsere „diskontfähige“ Regierung beging, als sie den Ruhrkrieg ohne irgend einen Finanzplan begann und sich auf die zweifelhafte Finanzgarantie der Kriegszeit verließ, tritt jetzt immer mehr zutage. Von einem bürgerlichen Ratte ist kürzlich mit allem Nachdruck hervorgehoben worden, daß es an der Zeit sei, eine diskontfähige Finanzpolitik zu kreieren und daß das insbesondere die Pflicht einer Regierung sei, die als Kabinett der „diskontfähigen“ Unterschriften ihr Amt angetreten habe. Kürzlich hat Georg Bernhard als Sachverständiger im Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Marksturzes zutreffend betont, daß die Einführung von Goldnoten und die Auflegung wertbeständiger Anleihen die Voraussetzung für eine Stützung der Währung sei, die keinesfalls allein mit technischen Maßnahmen durchzuführen ist. Vergleicht man die Forderungen mit dem Ergebnis der bisherigen Steuerpolitik, so ist das Ergebnis vernichtend. Wir sind tatsächlich kaum noch von dem Zustand entfernt, wo die gesamten Staatsausgaben durch die Inflationssteuer aufgebracht werden.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Er erklärt sich zu einem wesentlichen Teil daraus, daß sich die Bestehenden mit Hilfe der Geldentwertung der Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen, zu einem anderen Teil daraus, daß zwischen dem Zeitpunkt der Erhebung der Steuer durch den Steuerträger — bei der Lohnsteuer dem Arbeitgeber, bei der Kohlensteuer dem Produzenten, bei der Umsatzsteuer dem Kaufmann und dem Gewerbetreibenden — und der Zahlung der Steuer an das Reich längere Zeit vergeht, innerhalb der die für das Reich vereinnahmten Beiträge sich entwerthen und in ihrem Goldwert wesentlich zusammenschumpfen. Es ist dann nichts als eine natürliche Konsequenz, daß auch in Goldmark gerechnet die Zunahme der schwebenden Schulden immer größer wird. Die „Industrie- und Handelszeitung“ des Herrn Stinnes, der einer der größten Nutznießer der Geldentwertung ist, sieht sich zu der Feststellung genötigt, daß nach dem Stande von Ende Juni das Reich einen Zuschuß bedarf von täglich 20 Millionen Goldmark. Es ist danach leicht auszurechnen, daß bei längerem Anhalten dieses Verhältnisses fast der gesamte Etat des Reiches mit der Notenpresse steht und fällt, daß aber trotzdem die Verschuldung des Reiches, in Goldmark gerechnet, also die tatsächliche Desorganisation der Reichsfinanzen rapide fortschreitet.

Die Sozialdemokratie hat im Parlament wie in der Öffentlichkeit immer wieder einschleppende Maßnahmen gegen die Kräfte gefordert, die zu den jetzt bestehenden Verhältnissen beigetragen haben, so daß es nicht mehr verlohnt, sie heute erneut aufzuführen. Bisher hat sich die Regierung lediglich einem Teil der Forderungen, die von uns gestellt wurden, angeschlossen und dadurch von vornherein die Zwecklosigkeit der Maßnahmen besiegelt, trotzdem sie darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß nur die endgültige Verwirklichung der sozialdemokratischen Programmpunkte einen Erfolg verspricht. Der Charakter der gegenwärtigen Re-







# Walter gegen „Vorwärts“

Ein Schicksal.

Von Edwin Saenger.

Das Urteil der Strafkammer im Prozeß Walter gegen den „Vorwärts“ lautete gegen den Mann, der auf Verurteilung der Verfassung und 1500 Mk. Geldstrafe.

Wenige Tage nach dem politischen Mord nationalsozialistischer Politiker an dem Reichsminister Erberger mußte der „Vorwärts“ in eine öffentliche Polemik wider den ehemaligen General der Reichswehr, Herrn v. Walter, einsteigen. Der General hatte in Berlin an einer jener typischen antirepublikanischen Soldatenfeiern teilgenommen, die immer wieder zu verurteilen die Geduld des deutschen Volkes gefordert. Herr v. Walter hielt sich für berechtigt, Stellung wider die Bezeichnung „Reichshofmeister“ zu nehmen; der „Vorwärts“ hielt sich für verpflichtet, die Gründe darzulegen, die für diese Namensgebung eben genügend waren. Darob klagte General v. Walters.

Das Gericht erster Instanz ließ in der Art seiner Broschlierung, noch mehr aber in seinem Urteil die Erkenntnis vermissen, daß das Zentralorgan der stärksten republikanischen Partei Deutschlands eine politische-publizistische Aufgabe allerersten Ranges im Staatsinteresse lösen mußte: Klarheit zu bringen in sehr unklare Vergebenheiten, die sich in einer kritischen, ja entscheidenden Stunde unserer innerpolitischen Geschichte, im März 1920, abspielten. Die Verteidigung erbot sich nach am Schluß des zweiten Verhandlungstages der Berufungsinstanz, zu dem Beweise, daß Herr v. Walter von den prominenten Kappisten im Format des Geheimrats v. Dene als einer der Thürigen nachdrücklich rekrutiert wurde.

Mag sein, daß die kappistischen Staatsmänner ihrer eigenen Zitierroutine, dem Vertrauen in die gerechte Sache mit Keil und auf die Füße helfen mußten und den Hochkommandierenden der Reichswehr an der Ruhr bewußt zu Unrecht als den Thürigen belohnten. Aber selbst bei Annahme einer solchen nicht gerade deutsch anmutenden typischen Kappistenklage bliebe noch Bedenklisches genug. Man rekrutiere ohne Leidenschaft. Esprobit, erstere Männer des Volkes erziehen den General der Republik um eine Erklärung von solch selbstverständlicher Simplität, daß selbst der militärischste Instinkt seine Zustimmung erteilen müßte. Ein Millionenheer arbeitender Massen ist eben zur ruhigeren Einstellung gebracht, die Widerstände gegen ein Ueberflüssigenabkommen sind reiflos dank der Einsicht der Arbeiter beiseite. Nur eine einzige Quelle neuer, sich werer Deuntuhigung für ein gut Stück deutschen Landes besteht; der republikanische Reichswehrgeneral soll nicht zur Regierung der Verfassung stehen, sondern mit den kappistischen Rechtsbrechern sympathisieren. Man beschwört Herrn v. Walter, ein einziges unzweideutiges Wort der unbedingten, beschworenen Zuverlässigkeit gegenüber der Regierung Ebert-Bauer zu sprechen, man macht ihn auf die hürdenreichen Folgen dieser Unterlassung aufmerksam; der General bleibt hartnäckig bei seiner Weigerung, schießt — da es unnütze Opfer an Menschen zu vermeiden gilt! — Kompetenzfragen in den Vordergrund und wartet die Erfolge des Staatsmannes Kapp ab.

Wenn der ehemalige Reichswehrgeneral diese Unterlassung eines selbstverständlichen Treuebekennnisses dem Staat und somit dem Vaterland gegenüber mit der Stimmung seiner Truppen rechtfertigen zu müssen glaubte, kann man sich über eine derartige schwere Anklage gegen die ihm unterstellten Offiziere auf das Allerlebenshafteste wundern; schwankten die Truppen in ihrer Stellung zur legalen Staatsregierung, so fällt die Verantwortung hierfür ausschließlich auf die Offiziere, die es bewußt unterlassen hätten, den Soldaten die Pflichten ihres Eides zu lehren.

Die vaterländische Selbstverständlichkeit aber, daß es mit einer Treue, einen Eid, nur einen Gehorsam, nur eine Verfassung, nur eine Legalität gibt und geben kann, soll in manchen Köpfen wohl nur im Hoheitsgebiet irgendeines repräsentativen Talentes der Familie Hohenzollern oder dero freundwilligen Votern gelten.

Im Kaiserreiche: aktive Treue; in der Republik: Abwarten!

Nur wenn man den tieferen, staatsbürgerlichen Sinn und Zweck des Strafprozesses Walter so verkannte wie das Berliner Erstgericht, konnte man zu den erstinstanzlichen Feststellungen kommen. Der des kappistischen Dolus eventualis überführte Major von Lühow hat — so der Erstrichter — „glaubhaft“ nur (!!) an einen Unisputsch gedacht als er diesen Brief an Herrn v. Walter entwarf: Hochverehrte Exzellenz! Am 15. wird

und muß die Aktion steigen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß das Corps „Lühow“ in Berlin sein!

Der Herr Major hat etwas objektives Unwahres beschworen mit seiner Behauptung, er habe nur an einen kommunistischen Unisputsch gedacht. Und es dünkt uns, daß Herr v. Lühow um seine Aussage nicht zu heulen ließe! So wenig wie Herr v. Walter, wenn seine Offiziere ihn für durchaus „verlässlich und im Bilde“ titulieren!

Verurteilung gegen das erste richterliche Erkenntnis einzulegen, war politische, nationale Pflicht. Die Beweisregeln des Strafprozesses sind streng; in der gedachten Form konnten nicht alle Forderungen erwiesen werden. Aber es konnte mehr Klarheit in die Unklarheiten gebracht werden und die daraus gefolgernden Feststellungen des zweitrichterlichen Urteils wurden wir im Interesse des Staates als wesentlichen Erfolg.

Das Gericht der zweiten Instanz sah sich zu den Feststellungen veranlaßt, daß die Beweisergebnisse gegen den General einen Verdacht wohl begründeter Natur, daß im ersten Auftruf v. Walters das Festhalten an der Regierung Ebert-Bauer bestimmter hätte ausgedrückt werden können, daß die Unterlassung des erbetenen gemeinsamen Auftrufs nicht richtig war, daß man das Verhalten des Beschuldigten als abwertend bezeichnen kann.

Das Bild eines dem Staate und seiner legitimen Regierung reiflos ergebenen Offiziers möchte wohl in manchem anderen auszuweisen, als die Urteilsgründe es zeichnen.

Der Öffentlichkeit wird das jetzt schon vorgelegte und bekannt gewordene Material genügen, Einsicht und Urteil zu gewinnen über die unerhörten Gefahren, die Verantwortungslöser in steigendem Maße für den Bestand des Reiches heraufzuführen. Herr General v. Walter persönlich wird es sich gefallen lassen müssen, unter diejenigen Monarchisten gerechnet zu werden, die gegen die Republik organisieren. Die Reichsbehörden, das Reichswehrministerium in allererster Linie, haben die Aufgabe, die Prozeduren sorgfältig zu studieren und den in diesem Prozeß aufgedeckten Konspirationen bis auf den tiefsten Grund zu gehen!

Sich an dieser Stelle mit dem Gericht über die Zweckmäßigkeit der Ablehnung der von der Verteidigung gestellten Beweisangebote auseinanderzusetzen, erscheint nicht notwendig. Wenn man in einem Lande — Bayern — wirkt, in welchem durch erschütternde Tatsachen eine Politisierung des Rechts, eine beispiellose Zeugung primärer Postulate der Gerechtigkeit zu erwiesen sind, so begründet man aufrichtig das in diesem Prozeß geübte Verfahren. Dies aussprechen zu dürfen, erscheint uns auch ein Prozederreg.

## Das Münchener „Turnfest“

Im Zeichen des Hakenkreuzes!

SPD. München, 11. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der gewaltige Andrang zum Deutschen Turnfest — es sind 178 000 offizielle Teilnehmer gemeldet — gibt bereits Anlaß zu Gerüchten über bevorstehende Unruhen. Ihre Hauptnahrung erhalten die Putschgerüchte durch die verabredete Massenbeteiligung der Hitler-Partei, die nach einer Bekanntmachung im „Völkischen Beobachter“ ihre Parteigenossen aus Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakei zu Tausenden und aber Tausenden erwartete. Die Polizei hat, wie es heißt, ihre Maßnahmen bereits getroffen, u. a. ihren Münchener Bestand durch etwa 300 Landespolizisten aus anderen Städten Bayerns verstärkt. Die Behör-

## Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Juli.

Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	12. Juli.	11. Juli.
Amsterdam	1 fl. 72817,50	72817,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 9826,50	9826,50
Kristiania	1 Kr. 30324,—	30324,—
Kopenhagen	1 Kr. 32518,50	32518,50
Stockholm	1 Kr. 49476,—	49476,—
Helsingfors	1 finn. Mk. 5162,—	5162,—
Rom	1 Lire 8039,50	8039,50
London	1 £ 85785,00	85785,—
Newyork	1 Dollar 186532,—	186532,—
Paris	1 Frs. 11132,—	11132,—
Zürich	1 Frs. 32518,50	32518,50
Madrid	1 Pesetas 26932,50	26932,50
Wien	100 Kr. 266,33	266,33
Prag	1 Kr. 5665,50	5665,50
Budapest	100 Kr. 21,44	21,44

den glauben, allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Unter den Ordnungsbestimmungen, die die Polizeidirektion München bereits erlassen hat, ist besonders bemerkenswert das Verbot des Tragens parteipolitischer Abzeichen, das in folgender Form erging: „Das Tragen uniformähnlicher Abzeichnungsstücke und Kopfbedeckungen zulassen mit Abzeichen einer politischen Partei, wie sie zurzeit von Angehörigen einiger politischer Parteien getragen werden, ferner das Tragen von Verbindungen, die die Zugehörigkeit der Träger zu einer politischen Partei dartun, endlich das Herumtragen von Parteifahnen, Standarten usw. Mit für die Zeit vom 12. bis 18. Juli einschließlich in sämtlichen Straßen und Plätzen, öffentlich zugänglichen Orten Münchens verboten.“ — Man sieht auf den ersten Blick, daß durch die vielerlei Anklarheiten in dieser Bestimmung der polizeilichen Willkür Tür und Tor geöffnet ist, jedoch Reibungen mit der Bevölkerung wohl kaum vermieden werden können. Eine objektive Durchführung dieser Bestimmung darf auch das Hakenkreuz nicht dulden. Ob sich Hitler das gefallen lassen wird, wird auf Grund der Erfahrungen in Bayern mit Recht bezweifelt.

## Vermisschte Nachrichten.

Erbsenpende für Wallenländer. Vorigen Sonntag erschienen im Rajenhaus der Stadt Berlin 15 Konwiker Kolonisten, um den Wallenhausländern unermüdet eine große Freude zu bereiten. Sie kamen mit 28 Körben voll herrlicher Gartenerdbeeren, um sie selber in den einzelnen Stationen an die Kinder zu verteilen. Die Freude und der Jubel der Kinder waren bezeichnend groß, als jedes auf einem besonderen Teller die Frucht erhielt. Die kleinen Kinder ungefähr 1/2 Pfund, die größeren 1 Pfund und die schulpflichtigen ein reichliches Pfund. Aber damit noch nicht genug; man hatte für die Kleinsten noch Zucker mitgebracht. Mit dem Verprechen, später wieder einmal Früchte zu bringen, verabschiedeten sich die Gäste. — Zur Nachahmung empfohlen!

Der Flug um die Welt. Die beiden britischen Aviatiker Norman Macmillan und G. S. Mallins wurden, wie das B. L. berichtet, in den nächsten Wochen ihren Versuch einer Erdumfliegung wiederholen. Im vorigen Jahre scheiterte das Unternehmen durch unzeitige Notlandung in der Bucht von Bengalen. Der englische Aviatik Club, dessen Mitglieder die beiden Flieger sind, hat nun ein Expeditionsschiff namens „Frontiersmen“ ausgerüstet. Er hat die Aufgabe, Depots für den Ueberfliegung anzulegen, und soll während des Fluges über den Stillen Ozean die Begleitung übernehmen. Das Wasserflugzeug, mit dem die Fahrt unternommen wird, startet von der Iberie aus. Die Fahrt geht über Athen nach Alexandria, von dort nach Bagdad und über den Persischen Golf. Dann über Kalkutta und Hongkong nach Tokio. In Tokio ist die erste Station der Flieger mit dem „Frontiersmen“ geplant. Die Reise soll nach Kamtschatka und weiter über Sibirien nach Vancouver gehen, dann über Kanada bis nach Winnipeg und vom Süden der Vereinigten Staaten bis Newport. Von Newport geht es über Neufundland, Grönland, den Faroe-Inseln und Orken heimwärts. Bis nach den Barroren wird die englische Regierung einen Minenleger schicken, der das Flugzeug auf dem letzten Teil seiner Seereise begleiten soll. Für den Flug ist eine Truppe von fünf Monaten tartiert worden. Abgesehen von den wissenschaftlichen Ermittlungen verpflichtet sich England dem Ring wertvolle Aufschlüsse über zweifelhafte Landmassen vom kommerziellen Standpunkt aus. Deshalb ist das Unternehmen auch von hervorragenden Geschäftsmännern ganz Englands finanziert worden. Das Flugzeug wird zahlreiche Warenproben mit an Bord nehmen, und die beiden Aviatiker sind angehalten worden, unterwegs Geschäfte abzuschließen für die ihnen Kommissionshonorare zugesichert worden sind.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Deber; für Freizeit, Lieder und Genilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Paderb.

## Bei chronischer Stuhlverstopfung

raten wir Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1-2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstraße 10. (4050)

## Drei Soldaten.

Roman von Jan Bos Passer

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Günzert. (Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

46. Fortsetzung.

Sie schwiegen. Das Feuer rohrte im Ofen. Keiner sprach ein Wort. Die Männer streckten sich schlaftrunken in den Stühlen. Dann und wann spie einer aus. Draußen vorm Fenster konnte Andrews weiche, weiße, tangende Schneeflocken sehen. Seine Glieder waren schwer; sein Bewußtsein war dumpf wie eine alte Kumpfkammer, wo zwischen allen verrosteten Maschinenteilen und staubigen Koffern haufenweise zerbrochenes Spielzeug liegt.

Unten im Bureau, in einer von abgestandenem Bier und Zigarettenrauch stützigen Luft, wartete Andrews lange Zeit, ungeduldig hin und her gehend.

„Was wollen Sie?“ fragte ein rothaariger Sergeant, ohne von dem Haufen Papier auf seinem Schreibtisch aufzuheben.

„Ich warte auf meine Reispapiere.“

„Sind Sie nicht der Mann, dem ich sagte, er soll um drei Uhr wiederkommen?“

„Es ist drei Uhr.“

„Hm.“

Der Sergeant sagte zu dem Mann an der Schreibmaschine, der sich langsam umwandte: „Geh' mal hinein und schau an, ob der Leutnant die Papiere unterzeichnet hat.“

Der Mann stand auf, deutete sich unschlüssig und hob sich durch eine Tür neben dem Ofen hinaus. Der rothaarige Sergeant lehnte sich in seinem Armstuhl zurück und steckte sich eine Zigarette an.

„Zum Teufel“, sagte er gähnend. Der Mann mit dem Schnurrbart neben dem Ofen ließ das Buch von seinen Knien auf den Boden rutschen und gähnte auch.

Dieser verdammte Waffenstillstand nimmt einem alle Lust zum Arbeiten“, meinte er.

Der andere kam zurück und sank in einen Stuhl vor der Schreibmaschine, die langsam wieder zu ticken begann. Andrews machte ein harrendes Geräusch auf dem Boden.

„Na, was ist mit den Reispapieren?“ fragte der rothaarige Sergeant.

„Der Leutnant ist nicht da“, antwortete der andere von der Schreibmaschine.

„Hat er sie denn nicht auf seinem Tisch zurückgelassen?“ rief der rothaarige Sergeant ärgerlich.

„Konnt's nicht finden.“

„Werde wohl wieder selbst gehen müssen, danach zu schauen!“

Der rothaarige Sergeant stampfte aus dem Zimmer. Einen Augenblick später kam er mit einem Bündel Papiere zurück.

„Sie heißen James?“ schnauzte er Andrews an. „Smivisky?“

„Nein, Andrews, John.“

„Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?“

Der Mann mit dem Schnurrbart stand plötzlich auf. Ein demütig lächelnder Ausdruck überzog sein Gesicht.

„Guten Tag, Hauptmann Higginsworth“, sagte er freudig.

Ein unterseher Mann mit einer Zigarette, die ihm aus dem breiten Munde heraushing, kam ins Zimmer. Wenn er sprach, wadete ihm die Zigarette im Munde. Er trug grüne Glacehandschuhe, sehr eng für seine großen Hände, und seine Samalchen glänzten wie Mahagoni. Der rothaarige Sergeant wandte sich um und grüßte höflich.

„Sie gehen wohl wieder zu nem Vergnügen, Herr Hauptmann?“ fragte er.

Der Hauptmann grinste. „Sagt mal, Kerls, habt ihr hier ein paar rote-Kreuz-Zigaretten?“ Ich habe nur Zigaretten. Man kann doch einer Dame keine Zigarette anbieten.“ Der Hauptmann grinste wieder. Ein verständnisvolles Köhnen ging durch das Zimmer.

„Genügen einige Päckchen?“ Ich habe welche hier“, meinte der rothaarige Sergeant und öffnete die Schublade seines Schreibtisches.

„Sehr fein.“ Der Hauptmann ließ sie in seine Tasche gleiten und schwankte hinaus. Der Sergeant setzte sich wieder an seinen Schreibtisch, mit einem wichtigthuenden Nicken.

„Haben Sie die Papiere gefunden?“ fragte Andrews sage.

„Ich soll den Zug um 4 Uhr 2 nehmen.“

„Kann nichts finden...“ sagten Sie nicht. Sie heißen Anderson?“

„Andrews, John Andrews.“

„Da, hier. Warum sind Sie nicht früher gekommen!“

Die scharfe Luft des rauhen Winterabends sprühte Andrews entgegen und ließ ein Gefühl der Befreiung in ihn einströmen. Er ging mit schnellen Schritten durch die grauen Straßen der Stadt. Hinter Fenstern glühten schon Lampen rötlich. Er trat immer wieder zu sich selbst, daß eine Epoche seines Lebens abgeklungen sei. Befreit fühlte er, daß er nie dieses Hospital oder irgend einen Menschen daraus wiedersehen würde. Er dachte an Christfield, noch am Leben war. Eine wilde Freude ergriß ihn. Er, John Andrews, lebte! Was kümmerte es ihn, wenn alle, die er kannte, starben! Es gab amüsantere Gefährten, als er bisher gekannt, klügere Leute, als er bisher gesprochen, stärkere Menschen, von denen er lernen konnte.

Die kalte Luft zirulterte durch seine Nase und Lungen. Seine Arme dehnten sich stark und kräftig. Er konnte die Muskeln seiner Beine fühlen, wie sie sich streckten und zusammenzogen beim Gehen.

Der Wartesaal des Bahnhofes war kalt und stidig, voll von dem Geruch ausgeatmeter Luft und unreiner Uniformen. Französische Soldaten in ihren langen, klauen Mänteln schliefen auf

den Bänken oder standen in Gruppen herum, aßen Brot und tranken aus ihren Bechern. Eine Gaslampe in der Mitte strömte unklares Licht aus. Andrews setzte sich in eine Ecke, verzweifelt und resigniert. Vier Stunden noch mußte er auf den Zug warten. Schon schmerzten ihm die Beine, und er fühlte sich erschöpft. Die Freude, das Hospital verlassen und frei durch die Straßen laufen zu können in der leuchtenden Abendstunde, wich schnell einer drückenden Verzweiflung. Sein Leben würde weiter diese Sklaverei unreiner Körper sein, zusammengepackt in Räume, wo die Luft schlecht war, von vielen Atmen. Was bedeutete es nun, daß der Kampf aufgehört hatte! Die Armeen werden fortziehen, Leben und Leben zu zermahlen, Fleisch in Fleisch zu erdrücken. Würde er je wieder frei dastehen können, wunderbare, frühe Stunden zu erleben, welche ihn für all das Zurückbare, das er in dieser Trekmühle ertragen mußte, belohnen würden? Er hatte keine Hoffnung. Sein Leben würde weiter so sein, wie dieser schmutzige, schlecht riechende Wartesaal, wo Leute in Uniformen in schmalerer Luft schliefen, bis man sie hinausheben würde, um dann regungslos und endlos in Reihen zu stehen, wie Spießsoldaten, die ein Kind in einer Daftube vergessen hat.

Andrews stand plötzlich auf und ging hinaus auf den leeren Bahnhof. Ein kalter Wind blies. Jemandwo draußen, am Güterbahnhof, ließ eine Lokomotive laut Dampf ab, und Wolken weißen Rauchs zogen durch den schwach erleuchteten Bahnhof. Er ging auf und ab, das Kinn in seinen Mantel vergraben und die Hände in den Taschen, als jemand ihn anlief.

„O, es tut mir leid“, sagte der Mann, ein Amerikaner, und sah Andrews schweigend ins Gesicht.

„Tut nichts“, meinte Andrews.

„Trinken wir einen zusammen“, sprach der andere. „Bin ohne Alkohol fort. Wo geht's zu hin?“

„Nach'm Rest in der Nähe von Bar-le-Duc, zurück zu meiner Division. War im Hospital.“

„Dange?“

„Seit Oktober.“

„Donnerwetter, wollen nen Curacao trinken. Wird dir gut tun. Selbst klag aus. Heiße Henstowe.“

Sie setzten sich an einen der ungewaschenen Marmortische.

„Ich gehe nach Paris“, sagte Henstowe. „Mein Urlaub ist jetzt drei Tagen aus. Wird' nach Paris gehen und mich da krank schreiben lassen wegen doppelteitiger Augenentzündung oder irgend ner anderen Geschäfte. Dieses Heer ist ja langweilig.“

„Hospital ist auch ein nichts besser“, antwortete Andrews mit einem Seufzer. „obwohl ich niemals die Freude vergessen werde, als ich verurteilt wurde und raus war. Dachte damals, es genüge, um nach Hause geschickt zu werden.“

„Ich möchte keinen Augenblick dieses Krieges verpaßt haben. Aber jetzt ist's vorbei. Können ist heute das Schlagwort. Wir gerade zwei Wochen in den Pyrenäen, Nimes, Arles, Des Vaux, Carcasonne, Perpignan, Lourdes, Gavarnie, Toulouse. Was hältst du von einer solchen Reise? In was für ner Truppe wärst du?“

„Selbstverle.“

(Fortsetzung folgt.)



**Amstlicher Teil**

Der Senat hat den Vortugiesischen Honorarvikar bei dem Vortugiesischen Generalkonsulat in Hamburg **Kohn Koenig** auch für das Weichselische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen. (4086)

**Das Gefek- u. Verordnungsblatt** der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 49 vom 13. Juli 1923 enthält: (4078)  
 Nummer Nachtrag zum Ausführungsgefez vom 17. Mai 1898 über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 18. September 1899. — Vorläufige Ausführungsbestimmung zum Reichsgefez für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922.

**Sandverpachtung.**  
 Am Donnerstag, dem 19. Juli 1923, vorm. 9 Uhr, sollen in den „Zentralhallen“, Dantmarktgrube 20, folgende Ländereien auf 10 Jahre verpachtet werden:

- a) Vorstadt St. Jürgen.  
 5 Parzellen an der alten Hamburger Landstraße, 2 Parzellen auf dem Runiaal, groß 88 a 15 qm bezw. 1 ha 36 a 65 qm,  
 1 Wiese auf dem Runiaal, groß 23 a 3 qm,  
 2 Parzellen an der Borraberstraße, groß 12 a 74 qm bezw. 12 a 93 qm,  
 2 Parzellen 163b an der Kronsforder Allee, groß 73 a 45 qm,  
 2 Parzellen 159 auf dem Ruhm, groß 1 ha 86 a 1 qm.
- b) Vorstadt St. Gertrud.  
 Parzellen 1—4 der aufgeschütteten Sandbergköpfe.
- c) Landbezirke.  
 Eine 88 a 35 qm große Landfläche in der Gem. Moisling,  
 Wiefer Parzellen V—XVII der ehem. Untermännichen Erbpachtstelle in Fremdsiedsdorf, Parzelle 74/5 wim. Kartend. 1 der Gemarkung Derrrenhof, groß 86 a 69 qm,  
 Parzellen 1—5 an der Travemünder Landstraße in der Gemarkung Kücknig,  
 2 Parzellen in der Gemarkung Blankensee, groß 5 ha 61 a 95 qm bezw. 2 ha 71 a 87 qm.  
 Bedingungen und Karten liegen im Geschäftszimmer — Fleischbeurerstraße 18, Zimmer 8 — aus. Die Finanzbehörde. (4065)

**Bekanntmachung.**  
 Die von der Handelskammer zwecks Prüfung des Gerganges der Gründung der „Guns Sievers Nergarmerwerk Aktiengesellschaft“ zu Lübeck am 2. und 3. Juli 1923. befohlenen Revisionen haben der Handelskammer eine Ausfertigung des von ihnen erstatteten Prüfungsberichts eingereicht. Der Bericht liegt in der Registratur der Handelskammer zur Einsichtnahme aus.  
 Lübeck, den 12. Juli 1923.  
 Die Handelskammer. (4065)

**Heilwallfabrik.**  
 Tarif ist ab 15 Juli erhöht. (4084)  
 12. 7. 23. Die Sanbehörde.

**Eichenverkauf**  
 aus dem Giebsjahr 1922/23 am Mittwoch den 25. Juni d. J. von vormittags 10 Uhr ab im Zentralhotel, Lübeck, Schiffsboden aus dem Revier Nigerau 425 im I.—VI. Kl. in 41 Losen,  
 aus dem Revier Järselndorf 195 im I.—VI. Kl. in 13 Losen,  
 aus dem Revier Kronsforde 105 im I.—V. Kl. in 12 Losen,  
 ohne Rinde gemessen. Aufmaßlisten vom 16. d. M. ab von der Stadtschreiberei zu beziehen. (4058)  
 Nigerau, 1. Juli 1923. Der Oberförster.

**Höchstpreis für Vollmilch** ab 30. Juni 1923 24. 4500.— je Liter.  
 Der festgesetzte Preis für Vollmilch im Sinne des Höchstpreisgesetzes.  
 Ueberforderungen werden auf Grund der Preisobererforderung bestraft. (4056)  
 Lübeck, den 18. Juli 1923. Das Landwirtschaftsamt.

**Nichtamtlicher Teil**

Gefucht im Mädchen, das Eltern konfirmiert ist, täglich von 9 Uhr bis 8 Uhr.  
 Frau Heuer, (4090) Dantmarkt 69/1.

**Zeitungsaussträgerin**  
 für die Stadt Siems gemeldet. (4085)  
 Labackser Vollstraße.

**Rheintwein-Rognat-Flaschen** kauft  
**Ernst Voss, Gr. Burgstr. 53.**

**Heute Da. junges Fleisch** sowie hochfeine gelochte Mettwurst  
**Robert Dose, Hundestraße 62.**

**Allgemeine Ortsrentenkasse Lübeck.**

Auf Grund des § 6 des Gesetzes über Erhaltung leistungsfähiger Krankentassen vom 27. März 1923 hat der Kassenvorstand unter Zustimmung des Oberverwaltungsamts mit Wirkung vom 16. Juli 1923 ab beschlossen, den Arbeitsentgelt der Lohnstufe 17 „über M. 15000“ bis M. 17400 zu beschränken und des weiteren, wie folgt, drei neue Lohnstufen anzufügen.

Vollrente	Arbeitsentgelt bis einschließlich		Grundlohn	Wochenbeitrag		Davon Anteil des Arbeitgebers		Krankengeld bei Mehrleistungen	Sterbegeld bei Mehrleistungen
	M.	M.		M.	M.	M.	M.		
XVIII	26000	18700	10472	3191	6981	9350	11220	374 000	561 000
XIX	22500	21400	11984	3975	7959	10700	12840	428 000	642 000
XX	16.22500	24800	13608	4536	9072	12150	14580	486 000	729 000

Der Anspruch auf Leistungen nach einem Grundlohn von über M. 16200 — entfällt erst vom 6. August 1923 ab.  
 Die aus Anlass der Grundlohnhöhung zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Tages-, Wochen- oder Monatslöhne sind der Kasse spätestens bis zum 21. Ju. 1923 von den Arbeitgebern aufzugeben. Falls nicht bis zum genannten Tage eine Mitteilung des Arbeitgebers über einen geringeren Arbeitsverdienst des Beschäftigten erfolgt, werden die Pflichtmitglieder der bisherigen höchsten Stufe XVII. der jetzigen höchsten XX. Lohnstufe zugerechnet werden.  
 Arbeitgeber, die die Lohnangaben unterlassen oder verspätet bewirken, verfallen in Strafe.  
 Lübeck, den 11. Juli 1923.  
**Der Vorstand**  
 Joh. Körner, Vorsitzender. A. Steudel, Schriftführer. (4069)

**Billige Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.**  
 Eleg. Anzüge, Sommermäntel, Hüte, Joppen, Schläpfer usw., eleg. Damenhüte schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Satinhüte, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Poiles, Protés, Placette, Anzugstoffe, Duffeln, Jaquet, Cheviots, Leinen, Betten, Anleiner, Loden, und Manchester, (4068) Hemdentuch usw.  
**Noch wirklich preiswerte Angebote!**

**Schlens & Reetwisch**  
 Holtenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.  
 Das bekannteste Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

**Eine Muster-Kollektion Strohhüte** enorm billig. (4070)  
**Johannes Holst, Kohlmarkt 6. Lübeck Markt 6.**

**Sie finden bei (4066) Walter Griephan & Co. Hükstr. 74**  
**ENORM BILIG:**  
 Bettbezugsstoffe, Isietts, Hemdentuche, Schärzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

**Karl Lahrz, Hükstr. 11.** (4071)  
 Wa. feine Leinwand, zarte Leber, (4071) Wa. feine geir. Chienisch, Straten u. Kistte. Wa. diater hiesiger Zwet und Schinkenwec. Auch für Wiederverkäufer zu bill. Tagespreisen.

**Karic dauernd (4066) Lumpen, Papier, Knochen, Eisen und Metalle**  
 Bei Metallen Ausweis erforderlich.  
**Lissauer, Schildstraße 5**

**Künstliche Gebisse,** einzelne Zähne kauft ständig **Goldschmied Tollgreve 92 Königstraße 92** **Kostenlose Auskunft.**

**Rohschlachterei Marlesgrube 27.** Freitag u. Sonnabend: **Dickfettes Rohfleisch.** (4064)

**Wand- u. Fußbodenplatten Adolf Borgfeldt.** (4047)

**Umtausch von Gold-, Silber-, Platin.** (4040) **Uhrmacher Hübner, Fünfhausen 13.**

**Geschäftseröffnung.**  
 Einem verehrten Publikum sowie Kriegesbeschädigten von Lübeck und Umgegend zur Kenntnis, daß wir am 14. d. Mts. unsere **Werkstätten für Orthopädie und Bandagen** (4061) eröffnen. Herstellung künstlicher Glieder, orthopädischer Apparate, Korsetten usw. Ausführung sämtlicher im Fach vorkommender Reparaturen. Es wird stets unser Bestreben sein, unsere Kundenschaft durch saubere und sachlich einwandfreie Arbeit zufrieden zu stellen. Mit der Bitte, unser junges Unternehmen zu unterstützen, empfehlen wir uns  
**Ernst Schulz & J. Waldeck**  
 gepr. Meister in Orthopädie u. Bandagen. Warendorpstraße 12.

**Trotz des weit höheren Fabrikpreises. Margarine billig!**  
 4067 Solange der Vorrat reicht:  
 Margarine per 20000.— 22000.—  
 Prima Kokosfett per 26000.—  
 Prima Sunfett per 26000.—  
**Lübecker Margarine-Zentrale.**

Lübeck Burgfeld  
**Circus Corty-Althoff**  
 Heute Freitag, 13. Juli, abends 7½ Uhr: **Pracht-Vorstellung.**  
 Für die heutige Abendvorstellung zahlen **Kinder unter 14 Jahren halbe Preise** an allen Plätzen, **25 Nummern 25** (4062) ohne Pause.  
 Sonnabend, den 14. Juli, 7½ Uhr: **Gala-Elite-Vorstellung.**  
 Sonntag, den 15. Juli: **2 Vorstellungen 2** nachm. 3 Uhr. abends 7½ Uhr.  
 Vorverkauf: Rud. Karstadt sowie von 11—1 und ab 5 Uhr an der Circuskasse.

**Ziegenzuchtverein Lübeck e. B.** (4077)  
**Stiftungsfest** Sonnabend, 14. Juli, 7 Uhr abends, **im Konzerthaus Lübeck.**

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
 Verwaltungsstelle Lübeck. (4075)  
 Am Sonntag, dem 22. Juli 1923, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags findet

**die Wahl der Delegierten zur General-Versammlung** in Kaffee in folgenden Lokalen statt:

1. Gemertischshaus.
2. Brolnastrog.
3. Otto Martthienken, Eidenstraße.
4. Groth, Kottwibstraße.
5. Welker Engel.
6. Moisling, Kaffeehaus.
7. Fadenburg, Baetans Gesellschaftshaus.
8. Siems, Welker Stein.
9. Alldrich, Diederlmann.
10. Schluup, Sabatowstr.
11. Schwartzau, Gasthaus Transvaal.
12. Agrensööd
13. Eufin
14. Oldesloe

In den Verkehrs-Lokalen.  
 Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches mit seinen Beiträgen auf dem laufenden ist. Es findet eine Listenwahl statt. Die Namen der Kandidaten werden in der Wahllokale angeschlossen.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich an der Wahl zu beteiligen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Graphische Liedertafel Gommernachtsball**  
 Sonntag, den 15. Juli  
**\* im Kolosseum \***  
 Kassenöffn. 5 Uhr. 4088

**Lübecker Konditor-Gehilfen-Verein** von 1887.  
**Großer Sommernachtsball** sowie Tortenverlosung  
 Sonnabend, den 14. Juli im Konzerthaus Flora Anfang 7½ Uhr.  
 (4069) Der Vorstand.

**Kolosseum.** Morgen Sonnabend:  
**Strauß-Greifen, Großer Ball.**  
 anschließend  
 Punkt 5 Uhr nachm.: Abmarsch mit Musik Ecke König- und Johannisstraße.  
**Die Gesellige Vereinigung junger Mädchen.**  
 4082

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Lübeck (4072)  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung** am Sonnabend, 14. Juli abends 7 Uhr im Lokale F. Lender, Gundestraße.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht von den Bezirksverbandlungen.  
 2. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Hallen.** Sonnabend u. Sonntag (4078) **Dr. Lanzströmchen.**  
**Friedrich-Franz-Halle.**  
 Morgen Sonnabend: **Gommernachtsball** vom Klub der Soliden. Anfang 7 Uhr. (4081) Das Komitee

**Trocadero.** Schlüsselbud. A. F. 787  
 Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Glimmungs-Konzerte.** (4048)

**Sanja-Theater.** Heute Freitag 8 Uhr: Zum letzten Male „Im weißen Rössl“.  
 Rechtsanwalt Siebler Emil von Dollen.  
 Sonnabend 8 Uhr: Zum ersten Male „Hamburger Filiale“.  
 Schwan in 3 Akten von Curt Kraag und Max Feal. (4052) Paul Neumann, Weinreisender — Emil v. Dollen.  
 Sonntag 8 Uhr: „Hamburger Filiale“.  
 Angerehmer, Kähler Aufenthalt.



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 12. Juli.

### Im Sonnenbad.

Ueber den richtigen Gebrauch der Sonnenbäder ist folgendes zu sagen: Die Sonne muß so wie jedes andere Heil- und Arzneimittel nur in einer angemessenen Stärke angewendet werden. Auch der gesunde, der starke Organe und starke Nerven hat, darf nicht die goldene Fülle der Sonnenstrahlen so ohne weiteres auf sich herniederlassen und sich braun und schwarz brennen lassen. Zunächst soll man sich nur etwa zehn Minuten in die Sonne legen und während dieses Zeitraumes keine Lage zweimal verändern, damit nicht eine Fläche des Körpers zu stark beschienen wird. Die Zeitdauer der folgenden Bäder steigert man langsam und vorsichtig zu einer Höchstdauer von einer Stunde. Länger als eine Stunde soll kein Sonnenbad dauern.

Im Anfang darf das Sonnenbad nicht täglich genommen werden. Zur Vermeidung schmerzhafter Hautverbrennungen, denen besonders leicht blonde Personen anheimfallen, empfiehlt es sich, nicht nur mehrmals, sondern oft die Körperlage zu verändern. Personen, die mit einer besonders empfindlichen Haut bedacht sind, tun gut daran, sich zunächst mit einem leichten weichen Stoff zu bedecken, bis die Haut sich allmählich, nach Bildung von Pigmentstoffen, an die Sonnenstrahlen gewöhnt. Weder vor noch während eines Sonnenbades darf eine starke Mahlzeit eingenommen werden. Dagegen soll man reichlich trinken, während man der Einwirkung der Sonne sich aussetzt, und, sofern man es sich leisten kann, Obst essen. Eine Bedingung für die gute Wirkung eines Sonnenbades ist die nachfolgende Abkühlung durch Wasser.

Nicht nur bei Kindern, sondern auch bei verschiedenen Krankheiten und Störungen des normalen Zustandes können Sonnenbäder angezeigt sein. Sehr gute Heilerfolge sind beispielsweise bei Rheumatismus und Gicht zu verzeichnen. Die lästige Fettleibigkeit kann durch Sonnenbäder günstig beeinflusst werden. Bei der Wundbehandlung ist die Sonne unersetzlich. Strenge Kälte wird bei Kindern mit Hilfe der Sonne geheilt, und Mierkrankheiten können durch sie entscheidend beeinflusst werden. Andererseits wirken bei einer langen Reihe von Krankheiten und Störungen Sonnenbäder schädlich. So verschlimmern nervöse und leicht erregbare Personen durch Sonnenbäder ihren Zustand um ein bedeutendes. Herzkranken, müssen sie ein organisches krankes oder ein nervöses Herz haben, müssen mit Sonnenbädern ganz besonders vorsichtig sein und unbedingt von einem Arzte sich beraten lassen.

Ein vollkommener Meinungsumschwung hat sich unter den Ärzten hinsichtlich der Behandlung der Lungentuberkulose vollzogen. Die Sonnenbestrahlung wird jetzt bei Lungentuberkulose einstimmig als gefährlich bezeichnet und demgemäß verworfen. Das Bestehen von Kranken, die sich eigenmächtig intensiver Sonnenbestrahlung ausgesetzt hatten, verschlimmerte sich bereits nach zwei bis drei Tagen außerordentlich. Verkapselfte Krankheitsherde brachen wieder auf und gefährliche Blutungen traten ein. Lungentuberkulose sollen also dem Sonnenbad fernbleiben, falls nicht der Arzt in einem besonderen Fall ein Sonnenbad verordnet.

Dagegen ist die Sonne das beste Heilmittel bei der, besonders häufig im Kindesalter auftretenden Knochen- und Gelenktuberkulose. In der Behandlung mit den Sonnenstrahlen hat man ein äußerst wirksames Mittel gegen dieses Leiden gefunden: ein Mittel, welches keine Verkrüppelung hinterläßt. Wenn die Sonne auch schädlich auf Personen wirkt, die an Tuberkulose erkrankt sind, so wirkt sie andererseits vorbeugend gegen diese Krankheit.

Weit ungefährlicher als das Sonnenbad ist das Licht- und Luftbad. Es ist besonders angezeigt bei nervösen und schwächlichen Personen, die Sonnenbäder nicht vertragen. Es hat den Vorteil, daß man bei ihm nicht abhängig von der Sonne ist und es ebensogut in einem gelüfteten Zimmer bei offenen Fenstern wie im Freien nehmen kann. Mit den ersten Luftbädern soll man nur an warmen Tagen beginnen; wenn man erst abgehärtet ist, kann man sie auch bei kühler, ja sogar bei kalter Witterung nehmen. Nur darf man nicht, wie beim Sonnenbad, sich passiv verhalten, sondern muß sich Bewegung machen. Sobald man fröhlich oder friert, muß man sich anziehen.

Die Notgemeinschaft für Bestattungen e. V. kann auf das erste Halbjahr ihrer Tätigkeit zurückblicken. Der Verein will ein kleiner Unterstützungsverein sein und durch Zahlung einer Beihilfe zu den Kosten der Sterbefälle der Notlage steuern. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei einem Sterbefall sind in allen Familien durch unsere Zeitverhältnisse immer größer geworden. Kein Stand und kein Beruf sind von dieser Notlage ausgeschlossen. Die Notgemeinschaft hat sich Mühe gegeben, in stiller bescheidener Weise den Familien aller Volksschichten beizustehen. Der Vorstand war bemüht, die Verdigungen für die Mitglieder in ortsüblicher Weise so zu gestalten, daß alle Formen der Pietät einem verstorbenen Angehörigen gegenüber gewahrt werden. Die Zahl der Mitglieder hat ständig zugenommen. Daraus ist zu schließen, daß die Bestrebungen des Vereins von immer weiteren Kreisen der Bevölkerung anerkannt werden. Am 30. Juni d. J. waren eingetretene: Einzelmitglieder 1800, Familienvorstände bis 60 Jahren 3530, Familienvorstände über 60 Jahre 1540, zusammen 6870. An Unterstützungen wurden ausgegeben: im Januar für 17 Sterbefälle 456 000 Mk., im Februar für 22 Sterbefälle 909 000 Mk., im März für 27 Sterbefälle 1 867 000 Mk., im April für 19 Sterbefälle 1 720 000 Mk., im Mai für 13 Sterbefälle 1 130 000 Mk., im Juni für 23 Sterbefälle 2 055 000 Mk., zusammen 8 137 000 Mk. Der Verein wurde in der Öffentlichkeit von einigen Körperschaften angegriffen. Es wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Bestand des Vereins gefährdet sei. Der Kassenausschuß für das erste Halbjahr gibt die Gewißheit, daß die in Aussicht genommenen Unterstützungen zur Auszahlung gelangen können. Bei einem Sterbefall einer erwachsenen Person können 400 000 Mk. und bei einem Sterbefall des Kleinsten Kindes 40 000 Mk. gewährt werden. Die Abrechnung der Kasse ergibt folgende Zusammenstellung:

An Kassa-Konto	Mk. 232 398,80	Eintritt	Mk. 4 207 200,—
„Bank	2 610 612,55	Beiträge	14 884 259,—
„Inventar-Konto	479 844,—		
„Sachwert	774 310,—		
„Umfosten	6 786 323,65		
„Beteiligungs	51 000,—		
„Sterbefall	8 137 000,—		
	Mk. 19 071 489,00		Mk. 19 071 489,—

Mit der Aufsichtsbehörde für Versicherungsweesen sind längere und eingehende Verhandlungen gepflogen worden. Um die älteren Personen in den Verein aufnehmen zu können, müssen die Statuten diesem Vorhaben entsprechend angesetzt werden.

In der Generalversammlung am Donnerstag wurde der vom Vorstand erstattete Bericht zur Besprechung gestellt. Die Anlage der eingehenden Beiträge soll auch in Zukunft in der gleichen Weise erfolgen, die sich bewährt hat, indem rechtzeitig das Material zur Bestattung beschafft wird. Die Statutenänderung betrifft die §§ 2 und 5 des Statuts. Nach längeren Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde ist eine Fassung vom Vorstand und Kontrollausschuß gefunden worden, die von der Versammlung nach längerer Aussprache einstimmig gutgeheißen wurde. Danach haben die Statuten die gleichen Bestimmungen über die Gewährung von Unterstützungen, wie dies in den Statuten der gewerkschaftlichen Organisationen ausgedrückt ist.

**Sozialdemokratischer Verein.**  
**Achtung, Parteigenossen!** Auf einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung vom 12. Juli wird von jedem vollbeschäftigten Mitglied für den Monat Juli ein Sonderbeitrag von 1000 Mark erhoben. Genossen! Die Reaktion rüstet. Auch wir müssen rücken! Darum geht für den Kampffonds. Die Beitragskassierer müssen die Marken für den Sonderbeitrag sofort in Empfang nehmen.  
 Wolfradt.

**50 000 Mk. für ein Pfund Butter!**  
 Schieber und Wucherer haben diese Woche glatte Rechnung. Mit einem 50 000-Mark-Schein wird das Gleichgewicht im Buttergeschäft wiederhergestellt. Die Cunoregierung und alle klugen Staatsanwälte schauen tatenlos zu, wie das Volk jede Woche widerstandslos geschöpft wird. Die Folge dieses unerschämten Butterpreises ist, daß nun auch die Milch noch gelatzener wird. Hier geht man noch zehner vor. Bisher wurde der 10. Teil hierfür errechnet. Heute schiebt man ein bißchen mehr nach oben und fordert — in Hamburg, am Sitz der Notierungskommissionen — 5000 Mark für das Liter. Gute Vollmilch ist das wichtigste Nahrungsmittel für Säuglinge und unterernährte Kinder. Und was geschieht in unserer verückten Wirtschaft? Man bestimmt den Milchpreis für die armen hungernden Wärrner nach dem Butterpreis, den Schieber, Ausbeuter und Spekulanten für gute Butter zahlen können. Das muß auch den Dümmlern von der Widerständigkeit heutiger Wirtschaftsformen überzeugen. Sogar dem Verband der schleswig-holsteinischen Meiereifachleute wird die Geschichte ungeheuerlich. Er fordert Wiedereinführung der Butterauktionen (die an sich nichts ändern, wenn kein Lieferungsgezwang eingeführt wird). In einer Versammlung des Vereins wurde gefagt, daß Händler, die alle möglichen Berufe früher vertreten haben, diesen den Rücken kehren und auf dem Lande von Haus zu Haus gehen und bei Ueberbietung der Preise Butter zu erlangen suchen, die später in den Städten, besonders in Hamburg, an den Markt gebracht wird. Dadurch werden die Meiereien in der Milchlieferung mehr und mehr beschränkt, und es steht ernstlich zu befürchten, daß im Verlaufe von nur wenigen Jahren die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Meiereien eingeeht, falls dem Aufkaufswesen kein Einhalt geboten wird.

Dieser Wahnsinn kann uns vorderhand völlig kalt lassen. Er enthält nur einen Anglistreihel um den Profit. Ueber die hanebüchene Preistreibeerei heute kein Wort von uns. Lassen wir einen Landwirt reden. Im Aug. f. d. J. schrieb dieser Mann vor 8 Tagen: „Der augenblickliche Viterpreis für Milch ist für den Erzeuger im Augenblick nicht nur „lohnend“, sondern vielmehr ganz exorbitant und unstatthaft hoch, wie das auch alle wohlgestimmten und ehrlichen Landwirte ohne weiteres restlos zugeben. Im Augenblick kostet dem Produzenten die Herstellung der Milch auf der Weide — nichts, und ausgerechnet jetzt während der sommerlichen Weidetrift muß der Konsument für dieses allererste Volksnahrungsmittel einen Schwundpreis zahlen, wie er noch nie dagewesen ist. Ich bin selbst mein Lebenslang Landwirt gewesen, kein Mensch will mir den Vorrat der Parteilichkeit machen können und doch muß ich sagen: der Milchpreis (laut er nun 2400 oder 3500) ist für den Sommer ganz unerhört hoch und durch gar nichts zu rechtfertigen. Ich habe bis vor wenigen Jahren ein Gut mit großer Herde und Milchwirtschaft unmittelbar vor den Toren einer volkreichen Handelsstadt besessen und weiß Bescheid. Ich frage: was in aller Welt hat der Dollar mit der Milchproduktion zu tun? Sind die deutschen Kühe etwa in Amerika gestern eingekauft worden? Auch hoch die Einwendung: ja, aber der Milchpreis hat sich doch nach dem Butterpreis der Hamburger Butterauktionen der „Butterbörse“ zu richten! Hier scheint mir der Punkt zu sein, wo der Hebel angelegt werden sollte. Warum soll denn ein von Spekulanten und internationalen Valutafischeln diktiert Preis für das Verhalten unserer deutschen Landwirtschaft maßgebend sein? Woher kann denn die Hamburger Butterbörse so enorme Preise notieren? Doch nur, weil die Butter ins Ausland (vielleicht noch dazu ins feindliche!) verkauft wird. Ja, ist das denn etwas anderes als Landesverrat? Hoffen wir, daß die Regierung die Grenze hermetisch für Lebensmittelausfuhr sperre, dann werden auch jene irrsinnigen Butterpreise mit einem Ruck verschwinden. Dann werden auch wieder die heimatischen Milchpreise den Regulator abgeben für die Butterpreise wie das normal und naturgemäß und nicht — umgekehrt.“

Die Worte dieses Fachmannes werden im Winde verhallen. Denn heulet tötet der Schrei nach größtem Gewinn alle Vernunft und macht die Unersättlichen raelend. Die große Masse aber sieht von Tag zu Tag ihren Tisch kärglicher gedeckt. Die Milch kostet in Lübeck 4800 Mark, ein Ei 3500 Mk., ein Pfund Fleisch 30—40 000 Mk., die Kartoffelpreise galoppieren ebenfalls hoch usw. Die Preise nennen dem Dollar nach und dieser rast dahin wie ein wildes Füllen. Man muß die Menschen, die kaufen müssen, noch bewundern. Sie bewahren angesichts dieser tollen Wirtschaft immer noch viel Ruhe. Sie sind bedrückt und machen auch ihrer Empörung in mehr oder minder drastischen Ausdrücken Luft, aber im allgemeinen zeigen sie sich noch gefaßt und ruhig. Schließlich wissen sie auch und fühlen es mindestens, daß sie sich und ihre Kinder doch behaupten müssen in dem grauenhaften Heizenjährl. Ob der Dollar springt und die Ziffern je oder je gedrückt werden, die auf scheitern stehen, die Menschen müssen bleiben und ihren Kampf um ihre Existenz weiterführen. Und in diesem Kampfe ist eine gewisse nüchterne Ruhe, die nicht zur Gleichgültigkeit führen darf, immer noch mehr ein Zeichen der Kraft als verzweifelte Neugierungen einer Panikstimmung.

**Zum Haushaltsplan für 1923**  
 schließt unter Berücksichtigung der bis Mitte Juni beschlossenen Gehalts- und Lohnveränderungen mit einer Einnahme von 40 521 618 845 Mark und einer Ausgabe von 42 395 606 107 Mark, jedoch voraussichtlich ein Fehlbetrag von 1 873 987 262 entstehen wird, der nach dem Antrage der Finanzbehörde unter Vorbehalt endgültiger Beschlußfassung vorläufig zeitweilig angeliehen werden so. Ob sich die endgültige Rechnung günstiger oder ungünstiger stellen wird, läßt sich zurzeit noch gar nicht übersehen. Im übrigen macht die Finanzbehörde zu dem Haushaltsplan folgende Bemerkungen:  
 Die einzelnen Titel und Anlässe des Haushaltsplans bedürfen infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung baldigst der

Verstärkung. Zur Vermeidung unnötiger Kosten und einer nutzlosen Inanspruchnahme der gesetzgebenden Körperschaften empfiehlt es sich, das Nachbewilligungsrecht wie im abgelaufenen Rechnungsjahr wiederum der Finanzbehörde zu übertragen.

Die Einnahmen und Abgaben, Gebühren, Steuern, Pachten und dergl. werden wesentlich höher sein, als sie veranschlagt sind. Es ist versucht worden, und es wird fern darauf geachtet werden, daß die Abgaben und Gebühren der Geldentwertung möglichst angepaßt werden. Die Abzüge für Dienstwohnungen werden nach den Vorschriften des Reichsmittelengesetzes erhoben. Die Abzüge für Dienstkleidung werden neu geregelt und den Verhältnissen angepaßt. Das Schulgeld ist wesentlich erhöht worden, aber immerhin noch als niedrig zu bezeichnen. Bei Festsetzung desselben ist Rücksicht genommen auf die in andern Ländern festgesetzten Beträge. Eine weitere Erhöhung im Laufe des Rechnungsjahres wird sich nicht umgehen lassen.

Eine endgültige Regelung des Anteils der Länder an den Reichssteuern steht noch immer aus. Das neue Landessteuergesetz (Finanzausgleichsgesetz), das den Ländern und Gemeinden die seit langem erhaltene Einnahmeverbesserung bringen soll, ist von den gesetzgebenden Körperschaften immer noch nicht verabschiedet. Ueber einen der wichtigsten Punkte des Gesetzes, die Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 5 auf 25 Prozent unter gleichzeitiger Erhöhung des Steuerfußes von 2 auf 2½ Prozent hat im Reichstage eine Einigung nicht erzielt werden können. Eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an dieser Steuer, die sich der Geldentwertung fortlaufend anpaßt und erhebliche Beträge bringt, ist unbedingt notwendig, wenn die Gemeinden ihre Aufgabe erfüllen sollen.

Der Artikel 31, Steuern und Abgaben, schließt mit einer Gesamtsumme von 9 005 590 000 Mark. Rechnet man die geschätzte Mehreinnahme von 6 000 000 000 Mk. hinzu, so ergibt dies einen Betrag von 15 Milliarden. Die Erträge der einzelnen Steuern sind geschätzt worden, da infolge der Geldentwertung und der wiederholten Änderung der Steuertarife für eine Berechnung genügende Anhaltspunkte fehlen. Die hauptsächlichste Landessteuer, die Gewerbesteuer, ist erst kürzlich neu festgesetzt worden. Ein weiterer Ausbau dieser Steuer durch Einführung der Lohnsummensteuer wird zur Zeit erwogen. Eine Erhöhung der Grundsteuer wird mit Rücksicht auf die erheblichen Zuschläge für die Kosten der Förderung des Wohnungsbaues, des Feuerlöschwesens und der Straßenreinigung nicht in Vorschlag gebracht. Wegen Erhöhung der Hundesteuer wird eine besondere Vorlage gebracht werden.

Auch in diesem Jahre können die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen allein nicht gedeckt werden, es muß vielmehr eine Verminderung der Ausgaben stattfinden. Diese läßt sich nur erreichen durch eine weitere Vereinfachung der Verwaltung und Verminderung der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Angemessene Gehalte und Löhne lassen sich auf die Dauer nur zahlen, wenn die Zahl der Gehalts- und Lohnempfänger wesentlich verringert, ihre Leistungen aber gesteigert werden.

Ganz außerordentlich hohe Ausgaben sind erforderlich für die Unterhaltung weiter Schichten des Volkes, die infolge der katastrophalen Geldentwertung und der damit im Zusammenhang stehenden Teuerung, oder durch Arbeitslosigkeit in Not geraten sind. Auch die Jugendpflege und die Zwangsberufsaufstellung der Wohnungen erfordern hohe Aufwendungen, namentlich an Verwaltungskosten. Auf die Dauer werden diese Lasten kaum getragen werden können. Für Notstandsarbeiten müssen voraussichtlich ebenfalls hohe Beträge aufgewandt werden. Vorläufig ist eine Summe von 400 000 000 Mk. in den Haushaltsplan eingestellt worden.

Schon im vorigen Jahre ist im Haushaltsausschuß der Bürgerstadt angeregt worden, von einer Feuerversicherung der Gebäude und Einrichtungsgegenstände abzusehen. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Bei der vorzüglichen Einrichtung unserer Feuerwehr wird Lübeck wohl zur Selbstversicherung übergehen können, indem die Beträge, die sonst als Prämien zu zahlen wären, einem Fonds überwiesen werden, aus dem die Kosten der Brandschäden zu decken sind.

Die Ansätze des Haushaltsplans beruhen durchweg auf Preisen, Löhnen und Gehältern, die Anfang Januar 1923 maßgebend waren; sie sind jetzt fast sämtlich überholt. Eine Neuauflage der Voranschläge der Vertriebsbehörde ist unterblieben, weil sie infolge der den Betriebsanfällen eingeräumten Sonderstellung für den allgemeinen Haushaltsplan ihre Bedeutung verloren haben. Künftig werden nur die Ueberschüsse und Fehlbeträge der Betriebsanstalten im Haushaltsplan erscheinen.

**Steigerung der Kosten für das Schornsteinfegen.** Nach der Rekrondnung, wie sie vom Polizeiamt am 24. Januar d. J. erlassen ist, hatte der Schornsteinfeger für einen nicht beheizbaren Schornstein bis zu 7 Meter Höhe 125 Mk. zu verlangen. Vom 15. Februar d. J. ab wurde dieser Betrag um 280 Proz. erhöht also auf 475 Mk. Das zweimalige Kehren kostete im ersten Vierteljahr demnach 600 Mk. pro Schornstein. Vom 1. Juli d. J. ist vom Polizeiamt der Preis für einmaliges Kehren eines nicht beheizbaren bis 7 Meter hohen Schornsteins auf 4200 Mk. festgesetzt. Im 3. Quartal wird also das zweimalige Kehren 8400 Mk. kosten. Das bedeutet für eine Zweizimmerwohnung mit Wahnfläche eine Ausgabe für Schornsteinfegen von 4200 Mk. den Monat, dazu Wassergeld für 2½ Feuerstellen je 3600 Mk. gleich 9000 Mark, dann Wohnungsbauabgabe 2000 Mk., Straßenreinigung, Feuerlöschabgabe und Brandkasse ca. 1000 Mk., also in Summa ca. 16 000 Mk. Abgaben für eine kleine Zweizimmerwohnung ohne die Mierte, die allerdings gegenüber der Steigerung der Abgaben noch erträglich erscheint. Wir möchten aber, um auf das Schornsteinfegen zu kommen, dem Polizeiamt einmal nach legen, zu prüfen, ob es absolut nötig ist vierteljährlich zweimal kehren zu lassen. In vielen Familien wird das Essen fast nur auf Gas gekocht. Die Schornsteine, die von der Wahnfläche ausgehen, werden höchstens höchstens ein- bis zweimal gebraucht, so daß vierteljährlich ein einmaliges Kehren vollauf genügen würde. Wenn dann die Bezirke der Schornsteinfeger vergrößert werden, käme der Schwarzfischler zu seinem Geld und die Mieter könnten manches tausend Mark an den jetzigen ganz unproduktiven Ausgaben sparen.

**Badeanstalt Falkendamm.** Die Wassermärme betrug heute früh 11 Uhr 25 Grad, die Luftwärme 28 Grad.

**g. Rüdich, Sozialdemokratischer Verein.** Bei Dieckmann tagte am Mittwoch die ordentliche Mitgliederversammlung des Soz. Vereins. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Genossen Steinberg über „Wirtschaftsfragen“. Der Vortragende erläuterte die Entstehung des Geldes, ausgehend von der tauchlosen Bedarfswirtschaft, dem Kommunismus der vorchristlichen Zeit. Die meisten Völker hatten als Wertmesser Vieh, Felle, Pelze, Reis, Stoffische, Pfeffer, Zerkmutter, Steinjalz, Muschel (das Karimuschelgeld ist heute noch im Gebrauch), große und kleine Steine aller Art. Eine spätere Zeit, die Bedarfswirtschaft mit direktem Austausch (Kunden- und Warenproduktion), brachte schon etwas festere und edlere Wertmesser. Goldstaub und Silberbarten. Antonas Kauf aus erster



